

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Datum

21.09.2018

Ausschussbetreuender Fachbereich

Fachbereich 5 Jugend und Soziales

Schriftführung

Gitta Stitz

Telefon-Nr.

02202-142647

Niederschrift

Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann

Sitzung am Dienstag, 26.06.2018

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 18:45 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann am 15.02.2018 - öffentlicher Teil**
0170/2018
- 4 Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden**
- 5 Mitteilungen des Bürgermeisters**

- 5.1 Frauenpolitische Informationen**
0032/2018
- 6 Bericht aus der Arbeit der Beiräte und des Integrationsrates**
- 7 Aktionsplan Inklusion 2018 – 2022**
0164/2018
- 8 Sachstandsbericht der Stelle „Integration Geflüchteter Menschen“**
0227/2018
- 9 Information über die aktuelle Flüchtlingssituation in Bergisch Gladbach**
0195/2018
- 10 Sanierung der städtischen Notunterkunft für Obdachlose Hoppersheider Busch**
0209/2018
- 11 Jahresbericht Netzwerk Wohnungsnot RheinBerg 2017**
0109/2018
- 12 Jahresbericht der GL-Service gGmbH 2017**
0143/2018
- 13 Jahresbericht 2017 der Schuldnerberatung RheinBerg**
0248/2018
- 14 Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe - Bericht über die Mittelverwendung 2017**
0162/2018
- 15 Fortschreibung des Integrationskonzepts - für Menschen mit Migrationshintergrund und geflüchteten Menschen**
0095/2018
- 16 Änderung der Delegationssatzung (Sozialhilfesatzung) des Rheinisch-Bergischen Kreises**
0232/2018
- 17 Strategische Grundentscheidung Wohnungsbau - Sachstand und weiteres Vorgehen**
0173/2018
- 18 Jährliche Fortschreibung der Zahlen des Gleichstellungsplans 2017 - 2021**
0212/2018
- 19 Entsendung eines ordentlichen Mitglieds in den Inklusionsbeirat**
0166/2018
- 20 Anträge der Fraktionen**
- 20.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 23.04.2018 "Kinderbetreuung verbessern - Betreuungsvielfalt und Flexibilität ausbauen!"**
0208/2018

20.2 Antrag vom 06.06.2018 auf eine Finanzierung von Deutschkursen für Frauen in der Kontaktstelle im Wohnpark Bensberg
0241/2018

21 Anfragen der Ausschussmitglieder

21.1 Schriftliche Anfrage der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL vom 04.06.2018 (eingegangen am 05.06.2018) zur Situation und Entwicklung des sozialen Wohnungsbaus / der Sozialwohnungen
0251/2018

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende eröffnet die 18. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann in der neunten Wahlperiode, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Sie stellt die aus dem Teilnahmeverzeichnis (*Anlage*) ersichtlichen Anwesenheiten sowie die Vertretungsverhältnisse fest.

Die Vorsitzende begrüßt Herrn Roland Reiter, sachkundiger Bürger der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL, als Gast und führt ihn wunschgemäß als neues stellvertretendes Ausschussmitglied unter Verlesung des Verpflichtungstextes feierlich in sein Amt ein und verpflichtet ihn zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben. Die Vorsitzende wünscht Herrn Reiter eine gute Zusammenarbeit im ASWDG sowie in weiteren Ausschüssen.

2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Die Niederschrift wird genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann am 15.02.2018 - öffentlicher Teil 0170/2018

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

4. Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden

Die Vorsitzende macht darauf aufmerksam, dass nur wenige Ausschussmitglieder des ASWDG der Einladung des Jugendhilfeausschusses, an der Vorstellung des Sozialberichts 2017 des Rheinisch-Bergischen Kreises teilzunehmen, folgen konnten. Die Vorsitzende stellt deshalb zur Diskussion, Frau Dr. Hörstermann in die nächste Ausschusssitzung am 20.09. einzuladen, um den Sozialbericht des RBK noch einmal vorzustellen. Alternativ könne den Ausschussmitgliedern eine Zusammenfassung des Sozialberichts zur Information zur Verfügung gestellt werden.

Frau Koshofer begrüßt eine erneute Präsentation und Diskussion auch in diesem Ausschuss.

Auch Herr Weber empfiehlt, Frau Dr. Hörstermann einzuladen.

Herr Dr. Bernhauser spricht sich ebenfalls für eine Einladung aus.

Frau Holz-Schöttler wäre auch mit einem schriftlichen Bericht einverstanden und würde sich bei einer Abstimmung enthalten.

Die Vorsitzende stellt fest, dass sich die Mehrheit für einen erneuten Vortrag von Frau Dr. Hörstermann in der kommenden Sitzung ausspricht und bittet die Verwaltung, Entsprechendes in die Wege zu leiten.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen vor.

5.1. Frauenpolitische Informationen *0032/2018*

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

6. Bericht aus der Arbeit der Beiräte und des Integrationsrates

Herr Basyigit berichtet über die vom Integrationsrat organisierte Gedenkveranstaltung gegen das Vergessen im Ratssaal Bensberg anlässlich des 25-jährigen Jahrestags des Anschlags von Solingen. Die Veranstaltung sei gut besucht und die Resonanz positiv gewesen.

Des Weiteren informiert Herr Basyigit über die bevorstehende Vollziehung der Novellierung der Gemeindeordnung bezüglich der Gremienformen „Integrationsrat“ oder „Integrationsausschuss“. Der Integrationsrat habe einen Gesetzesentwurf erhalten, wonach der Rat sich für einen Integrationsrat in der vorhandenen Form oder das Optionsmodell eines Integrationsausschusses entscheiden könne. In einem Integrationsausschuss müssten die gewählten Ratsmitglieder in der Mehrheit sein. Es sei beabsichtigt im Rat eine Anfrage zu stellen, wie dieser sich für die Neuwahlen des Integrationsrates im Jahr 2020 positionieren wolle.

Die Vorsitzende bedankt sich für die Information und merkt an, dass es zu dem neuen Gesetz zu gegebener Zeit eine Vorlage geben werde, über die der Rat entscheide.

7. Aktionsplan Inklusion 2018 – 2022 *0164/2018*

Frau Bähler-Sarembe informiert, sie finde die Umsetzungsempfehlungen des Inklusionsbeirates sehr gut, sie könne aber nicht nachvollziehen, weshalb in der Vorlage von Visionen gesprochen werde.

Frau Fahner führt auf entsprechende Anfrage von Frau Bähler-Sarembe aus, eine Arbeitsgruppe von Frauen und Mädchen mit unterschiedlichen Behinderungen gemeinsam mit der Gleichstellungsbeauftragten und den zuständigen Behörden sei noch nicht eingerichtet worden. Frau Fahner kündigt an, sie nehme gerne an einem solchen Arbeitskreis teil, die Initiative und die Finanzierung liege in der Hand der Behindertenbeauftragten.

Frau Irlenbusch erläutert zunächst, der ursprüngliche Aktionsplan habe ein wenig zu Missverständnissen geführt und den Eindruck vermittelt, dass manche der umzusetzenden Dinge bezüglich der Art und Weise nicht abgeklärt gewesen seien. Diese Irritation solle mit der vorliegenden Beschlussvorlage nun beseitigt werden. Die Umsetzungen sollten nicht dogmatisch vorgegeben, sondern mit den zuständigen Bereichen besprochen und Pläne erarbeitet werden. Dazu gehöre auch das Thema Arbeitskreise. Die auf der Hand liegenden Maßnahmen könnten natürlich schon jetzt in Eigeninitiative ins Leben gerufen werden.

Bezüglich des Busbahnhofs in Bergisch Gladbach möchte Frau Bähler-Sarembe wissen, ob das in der Vorlage bezeichnete schnell und umsichtig eingreifende sowie Hilfestellung anbietende Ordnungspersonal bereits jetzt vor Ort sei.

Herr Stein antwortet, zurzeit werde diese Tätigkeit im Rahmen des Möglichen durch die Mitarbeiter*innen ausgeführt, deren Zahl allerdings begrenzt sei. Im Ratsturnus gebe es aktuell eine Vorlage, in der die deutliche Erhöhung der Kräfte ebenso vorgeschlagen werde wie der Einsatz eines privaten Sicherheitsdienstes bis hin zur Besetzung neu einzurichtender Stellen. Ziel sei es, im öffentlichen Raum insgesamt Sicherheitsgefühl, Sicherheitslage und -wahrnehmung

zu verbessern. Dazu gehöre natürlich die Unterstützung von Menschen mit Handicaps.

Frau Holz-Schöttler führt aus, sie freue sich, dass sich Frau Irlenbusch in den von Frau Allelein verfassten Aktionsplan gut eingearbeitet habe. Nach Frau Irlenbuschs zusätzlichen Ausführungen könne der Beschluss nun gefasst werden.

Frau Koshofer weist darauf hin, der Inklusionsbeirat habe jedes Jahr 50.000 € zur Verfügung. Mit diesem Budget müssten die aktuell bereits realisierbaren Maßnahmen schnell umgesetzt werden. Frau Koshofer wäht die Umsetzung in guten Händen.

Herr Dr. Bernhauser geht davon aus, dass die meisten angegebenen Ziele und Maßnahmen bis zum Ende der Laufzeit des Aktionsplans Inklusion im Jahr 2022 umgesetzt sind. Gegebenenfalls dann noch nicht erreichte Ziele müssten dann in den folgenden Inklusionsplan übertragen werden.

Herr Stark bittet um eine Erläuterung, mit welchem Inhalt Selbstverteidigungskurse für Frauen und Mädchen mit Behinderung durchgeführt werden sollten. Die in der Regel angewandten Verteidigungsstrategien der körperlichen Abwehr könnten problematisch sein.

Frau Fahner antwortet, die meisten Selbstverteidigungskurse für Mädchen und Frauen lehrten andere Verteidigungsmechanismen wie etwa lautstarkes Bemerkbarmachen. Auch werde trainiert, ein gutes Gespür dafür zu entwickeln, rechtzeitig aus einer unbehaglichen Situation zu gehen. Ein Verteidigungskriterium sei auch die sogenannte paradoxe Intervention, die den Angreifer irritiere und dadurch oft das Verlassen der Situation ermögliche. Frau Fahner hält diese Verteidigungsstrategien für sehr geeignet für behinderte Mädchen und Frauen. Zentrales Ziel dieser Selbstverteidigungskurse sei immer, das eigene Selbstbewusstsein zu stärken.

Frau Scheerer schlägt eine vierte Spalte im Maßnahmenkatalog vor, die die schon in Angriff genommen und verwirklichten Ziele im Laufe der 4-jährigen Laufzeit darstelle, und dass darüber im Ausschuss regelmäßig berichtet werde.

Die Vorsitzende und auch Frau Irlenbusch weisen darauf hin, dass dem ASWDG als Kontrollgremium regelmäßig Jahresberichte vorgelegt würden.

Die Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Der ASWDG fasst einstimmig die dem Vorschlag der Verwaltung folgende **Beschlussempfehlung**:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt den Aktionsplan Inklusion 2018 - 2022 in der als Anlage zur Vorlage beigefügten Fassung.

8. **Sachstandsbericht der Stelle „Integration Geflüchteter Menschen“**
0227/2018

Frau Mrziglod bedankt sich für die Möglichkeit, ihre Arbeit persönlich vorstellen zu dürfen. Die Präsentation ist der Niederschrift als *Anlage* beigefügt.

Die Vorsitzende bedankt sich für einen informativen und interessanten Vortrag, der aufzeige, wieviel Positives bereits getan werde. Der Vortrag schaffe vielleicht ein Anreiz, die Informationen weiterzutragen und ggf. das gute Beispiel nachzuahmen.

Frau Koshofer drückt ihre Freude über Frau Mrziglods tolles Engagement aus. Es sei bestimmt auch eine große Erleichterung für die geflüchteten Menschen, eine Ansprechperson zu haben.

Auf Frau Koshofers Nachfrage berichtet Frau Mrziglod, sie sei befristet eingestellt.

Frau Koshofer fragt, wie die jungen Männer, die ja aus anderen Regionen kämen und oft andere Lebensvorstellungen hätten, Frau Mrziglods Rolle und auch die der Frauen in Deutschland sähen. Frau Mrziglod antwortet, die Männer, die sie im Rahmen ihrer Tätigkeit kennengelernt habe, seien ihr gegenüber völlig offen, neutral und höflich.

Frau Holz-Schöttler merkt an, die Notwendigkeit der Einrichtung einer Stelle für die Integration geflüchteter Menschen sei im ASWDG diskutiert worden. Wie aus der Präsentation ersichtlich, sei bei der Stellenbesetzung mit Frau Mrziglod offensichtlich eine gute Wahl getroffen worden. Auf Nachfrage von Frau Holz-Schöttler bezüglich des Beratungsangebots für Eltern im Spielmobil berichtet Frau Mrziglod, zwei geschulte und langjährig tätige Honorarkräfte, die beispielsweise auch bei den Ferienangeboten mitwirkten und die Angebotslandschaft sehr gut kennen, seien für die Beratung zuständig.

Herr Dr. Bernhauser informiert, er sei froh, dass zumindest eine Stelle zusätzlich für die Integrationsmaßnahme besetzt werden konnte. Offensichtlich sei diese Stelle sehr aktiv und effektiv. Integration sei natürlich ein langfristiges Programm und seine Fraktion sich sicher bemühen, diese Stelle später zu verlängern oder zu entfristen, damit die Arbeit in Heidkamp und Umgebung noch länger geleistet werden könne.

Die Vorsitzende bedankt sich noch einmal bei Frau Mrziglod und wünscht ihr für ihre weitere Arbeit alles Gute.

9. Information über die aktuelle Flüchtlingssituation in Bergisch Gladbach *0195/2018*

Frau Tillmann weist auf die auf den Plätzen liegende Tischvorlage (*Anlage*) hin. In der ursprünglichen Anlage zur Vorlage sei ihr auf der letzten Seite in der Tabelle ein Fehler unterlaufen. Anstelle von 150 % müsse es natürlich dort im Ergebnis 100 % heißen (Korrektur der Prozentwerte). Frau Tillmann entschuldigt sich für dieses Versehen.

10. Sanierung der städtischen Notunterkunft für Obdachlose Hoppersheider Busch *0209/2018*

Herr Weber fragt, warum entgegen vorherigen Aussagen jetzt doch eine Sanierung möglich sei und warum sich die Zahl der Obdachlosen gegenüber den Zahlen in der früheren Vorlage wesentlich reduziert darstelle. Herrn Weber interessiert auch, wo die Obdachlosen während der Sanierungsmaßnahme untergebracht werden.

Herr Stein berichtet, die Verwaltung habe noch einmal kritisch die Entwicklung der Dinge geprüft und sei zu der Einschätzung gekommen, dass die reduzierten Kapazitäten auskömmlich seien. Die bauliche Machbarkeit sei von den Baufachleuten im Immobilienbetrieb geprüft und bestätigt worden. Aktuell werde bereits zur Vermeidung von Feuchtigkeitsschäden die Fassade abgedichtet, um dann die entsprechende Sanierung durchführen zu können. In der Zwischenzeit sei die Immobilie natürlich nicht nutzbar, so dass die weiteren im Stadtgebiet vorhandenen Einrichtungen genutzt werden müssten.

Frau Koshofer bedankt sich - auch im Namen ihrer Fraktion - bei Herrn Stein, dass er sich so engagiert eingebracht, den Kontakt zur Bürgerschaft aufgenommen und das Verfahren nochmal überprüft habe.

Herr Dr. Bernhauser drückt seine Freude darüber aus, dass der augenscheinlich gestörte soziale Frieden wieder hergestellt worden sei. Herr Dr. Bernhauser fragt, welche zusätzlichen Kosten für die Bestreifung durch einen Sicherheitsdienst entstünden und ob die Stelle für die Betreuung der wohnungslosen Menschen inzwischen wiederbesetzt sei. Eine schnelle Wiederbesetzung sei wichtig, um die nötige Betreuung und Unterstützung der Betroffenen sicherstellen zu können.

Frau Schlich weist darauf hin, dass sie vertragliche Angaben zum Sicherheitsdienst nur im nichtöffentlichen Teil machen könne. Vereinbart sei, dass es eine regelmäßige Bestreifung geben solle, die sich vor allen Dingen auf die Abendstunden beziehe.

Bezüglich der Stellenbesetzung „Betreuung Wohnungsloser“ informiert Frau Schlich, die Vorstellungsgespräche fänden morgen statt. Es lägen gute Bewerbungen von Menschen vor, die zahlreiche Erfahrungen in dem Gebiet vorzuweisen hätten.

11. Jahresbericht Netzwerk Wohnungsnot RheinBerg 2017
0109/2018

Frau Holz-Schöttler bedankt sich für den Jahresbericht und fragt, ob es eine Zusammenarbeit des Netzwerks Wohnungsnot RheinBerg mit der GL Service gGmbH gebe.

Herr Kuhlen bestätigt, er sei regelmäßig mit Frau Becker im Gespräch. Es gebe keine formalisierte Zusammenarbeit, aber die von beiden Einrichtungen betreuten Personengruppen seien oft deckungsgleich, beispielsweise im Rahmen der Arbeitsgelegenheiten und der Sozialstunden usw.

12. Jahresbericht der GL-Service gGmbH 2017
0143/2018

Frau Bähler-Sarembe bedankt sich für den tollen Jahresbericht. Sie stellt fest, man könne nur begeistert sein, wie gut sich die GL-Service gGmbH in den vergangenen 11 Jahren mit vielen Aktivitäten, Maßnahmen und Projekten entwickelt habe. Im Namen der SPD-Fraktion spreche sie Herrn Kuhlen und Herrn Dekker einen herzlichen Dank aus für diese wirklich gute Arbeit, die sie gemeinsam mit ihren Kolleg*innen vor Ort in der Tannenbergsstraße verrichteten. Auf einen solchen Betrieb, der so gut ankomme und angenommen werde, könne man nicht mehr verzichten.

Frau Koshofer schließt sich dem Lob ihrer Vorrednerin an. Es sei bewundernswürdig, was die GL Service gGmbH auf die Beine stelle. Die Frage sei, ob Herr Dekker und Herr Kuhlen sich nicht auf Dauer damit überfordert fühlten? Es gebe immer mehr Bedarf. Ihre Fraktion frage sich, ob die freien Träger dadurch beeinträchtigt würden.

Herr Dr. Bernhauser bezieht sich zur letzten Frage von Frau Koshofer beispielhaft auf den ExAzubiTreff, den die Caritas habe aufgeben wollen und der dann von der GL Service gGmbH übernommen worden sei. Der ExAzubiTreff arbeite auch heute noch sehr erfolgreich. Die GL Service gGmbH sei keine Konkurrenz, sondern fast eine Ausfallbürgschaft.

Frau Holz-Schöttler berichtet von ihrem Eindruck aus der Gesellschafterversammlung der GL Service gGmbH, dass Herr Dekker und Herr Kuhlen mit viel Motivation und Bereitschaft in die Zukunft schauten.

Herr Kuhlen bedankt sich ganz herzlich für das wunderbare Lob. Er berichtet, Herr Dekker und er seien ganz zufrieden und es sei auch noch etwas Energie vorhanden. Natürlich stellten sie sich häufiger die Frage, ob bei weiterem Wachstum der GL Service gGmbH, die sich von 7 Mitarbeiter*innen auf aktuell über 70 entwickelt habe, die Struktur noch stimmig sei. Insofern seien Herr Dekker und er mit der Gesellschafterversammlung permanent im Gespräch. Wenn die GL Service gGmbH irgendwann bei 100 Mitarbeiter*innen angekommen sei, müsse auch strukturell neu gesteuert werden. Aktuell funktioniere das Ganze aber noch gut, wie er auch aus den dankenswerten, positiven Beiträgen heraushöre.

Die Vorsitzende bedankt sich abschließend noch einmal für die CDU-Fraktion für die geleistete Arbeit und bittet Herrn Kuhlen, das Lob auch Herrn Dekker auszurichten.

13. **Jahresbericht 2017 der Schuldnerberatung RheinBerg**
0248/2018

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

14. **Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe - Bericht über die Mittelverwendung 2017**
0162/2018

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

15. **Fortschreibung des Integrationskonzepts - für Menschen mit Migrationshintergrund und geflüchteten Menschen**
0095/2018

Herr Dr. Bernhauser führt aus, durch die lange Vakanz der Fachstelle und durch den besonderen Aufwand der Stadtverwaltung im Rahmen des Flüchtlingszustroms sei eine Lücke in der Fortschreibung des Integrationskonzeptes entstanden. Nun sei es höchste Zeit für ein neues Integrationskonzept, auf das er gespannt sei.

Frau Bähler-Sarembe findet es schade, dass die Weiterführung des auf Seite 116 dargestellten Märchenprojekts an anderen Grundschulen nicht realisiert werden könne, weil es an Zeit und Personal mangle. Sie schlägt vor, noch einmal mit diesem attraktiven Angebot auf die Schulen zuzugehen.

Die Vorsitzende merkt an, sie gehe davon aus, dass die Verwaltung diesbezüglich am Ball bleibe.

Herr Tillmann führt aus, die Verwaltung sei immer am Ball gewesen, allerdings sei das Märchenprojekt ein sehr schön gestaltetes, aber auch sehr aufwändiges Projekt und im Grunde eine eigene Lerneinheit in den Grundschulen und für diese mit viel Arbeit verbunden und ohne Mitwirkung der Grundschulen sei das Projekt letztlich nicht durchführbar. Die Aufstellung in der Vorlage beziehe sich aber auf den Berichtszeitraum des letzten Integrationskonzeptes. Das Equipment sei noch vorhanden, so dass vielleicht noch mal eine eigene Projektreihe aufgezogen werden müsse.

Frau Koshofer lobt den Bericht, alles sei ganz großartig gelaufen. Sie kenne das Märchenprojekt und wisse um den problematischen Aufwand. Frau Koshofer begrüßt es, dass in den Ausschreibungen der Stadtverwaltung Menschen mit Migrationshintergrund ausdrücklich gewünscht und berücksichtigt werden.

Die Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Der ASWDG fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die Verwaltung wird beauftragt, das Integrationskonzept im Jahr 2018 beteiligungsorientiert für den Zeitraum von 2019 bis 2023 fortzuschreiben. Hierbei soll neben der Situation von Menschen mit Migrationshintergrund, die schon mehrere Generationen in Bergisch Gladbach leben, auch die Integration von geflüchteten Menschen berücksichtigt werden.

16. **Änderung der Delegationssatzung (Sozialhilfesatzung) des Rheinisch-Bergischen Kreises**
0232/2018

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

17. **Strategische Grundentscheidung Wohnungsbau - Sachstand und weiteres Vorgehen**
0173/2018

Herr Stein weist darauf hin, dass versehentlich eine Anlage in die Druckversion hineingeraten sei, die inhaltlich nichts mit der Vorlage zu tun habe. Er bittet die Anlage zu ignorieren bzw. wegzuerwerfen.

Herr Dr. Bernhauser fragt, ob es eine zeitliche Perspektive für das Handlungskonzept gebe. Voraussetzung sei ja zunächst, dass der Flächennutzungsplan verabschiedet werde, durch den überhaupt erst wieder möglicherweise anzukaufende Flächen zur Verfügung stünden.

Herr Stein schlägt vor, die Frage in die entsprechenden Gremien zu tragen. Herr Flügge sei der zuständige Baudezernent. Sicher sei erst ein entsprechender Beschluss und auch die Wirksamkeit des Flächennutzungsplans erforderlich, um darauf basierend konzeptionell arbeiten zu können.

Herr Dr. Bernhauser informiert auf Nachfrage von Frau Holz-Schöttler, dass dem vorhandenen Beratungsbedarf der CDU-Fraktion aus seiner Sicht im laufenden Prozess entsprochen werden könne.

Frau Holz-Schöttler kündigt an, dass sie für die SPD-Fraktion in die Beratungen einfließen lassen wolle, dass bei der Umsetzung des sozialen Wohnungsbaus darauf geachtet werden solle, dass Raum für Großtagespflege oder für Betreuung von Kindern integriert werde.

Herr Stein antwortet auf Frau Stauers Nachfrage, wie hoch derzeit der Bedarf an KiTa-Plätzen in Refrath sei, dass die Verwaltung in der aktuell zur Diskussion stehenden KiTa-Planung die Hoffnung habe, mit den bereits beschlossenen oder in der Projektion befindlichen Standorten in die Nähe einer vollständigen Bedarfsdeckung zu kommen. Auf dem Weg dahin seien aber weitere Erkenntnisse nicht ausgeschlossen. Herr Stein schlägt deshalb vor, alle Aspekte wie OGS, KiTa, Tagespflege, betreutes Wohnen für Pflegebedürftige usw. zunächst einmal in einen Trichter zu werfen, weil sie nach seiner Auffassung zu einem wohnungsbaupolitischen Programm dazugehörten. Daraus könne ein Bild davon entstehen, was inhaltlich und bezogen auf die einzelnen Stadtteile sinnvoll sei.

Die Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Der ASWDG fasst einstimmig, bei einer Enthaltung aus der SPD-Fraktion, die dem Beschlussvorschlag der Verwaltung folgende Beschlussempfehlung:

1. **Der Rat nimmt den Bericht zur Umsetzung seines Beschlusses vom 19.12.2017 zur Kenntnis.**
2. **Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass über die in der Sachdarstellung genannten Grundstücke hinaus im Portfolio des SEB AöR bzw. des Immobilienbetriebs aktuell keine weiteren Grundstücke vorhanden sind, die zum Zwecke einer Wohnbebauung vermarktet werden können.**
3. **Die Verwaltung wird beauftragt,**

- **auf der Grundlage des neuen FNP ein wohnungsbaupolitisches Handlungsprogramm zu erstellen und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen**

sowie

- **den Erwerb zukünftiger Potentialflächen zu prüfen und dem zuständigen Verwaltungsrat des SEB zur Entscheidung vorzulegen.**

18. Jährliche Fortschreibung der Zahlen des Gleichstellungsplans 2017 - 2021
0212/2018

Frau Fahner führt aus, der geltende Gleichstellungsplan sei vor einem Jahr - erstmalig für fünf Jahre – verabschiedet worden. Wegen der langen Laufzeit habe sich die Verwaltung entschlossen, jährlich die aktuellen Zahlen vorzulegen, um deren Entwicklung zu verfolgen und im Bedarfsfall nachzusteuern. Frau Fahner macht darauf aufmerksam, dass die aktuell vorgelegten Zahlen nicht mit den im letzten Jahr erhobenen Zahlen vergleichbar seien. Das liege daran, dass sich das Landesgleichstellungsgesetz in der Art der Datenerhebung gravierend geändert habe. Frau Fahner erläutert, während im letzten Jahr die Angestellten und Beamten zu einer Gruppe zusammengefasst worden seien, müssten sie jetzt wieder getrennt erfasst werden. Bei der nächsten Datenerhebung seien die Zahlen dann wieder vergleichbar.

Die Vorsitzende bedankt sich für die Erläuterungen.

Frau Bähler-Sarembe weist darauf hin, dass der Cut bei A11 liege, wo noch 26 Frauen vertreten seien. In A12 gebe es nur noch sieben Frauen und in A16 gar keine mehr. Frau Bähler-Sarembe bittet dringend darauf zu achten, in den oberen Gehaltsstufen mehr qualifizierte Frauen zu installieren, in der Stadtverwaltung gebe es gut qualifizierte Frauen.

Frau Fahner bestätigt den Beitrag von Frau Bähler-Sarembe. Ein großes Ziel des Gleichstellungsplans sei die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, ein zentrales Anliegen in der Frauenförderung. In diesem Bereich sei die Stadtverwaltung bereits ziemlich gut aufgestellt, sie wolle sich aber dennoch weiter verbessern und möglichst ein Alleinstellungsmerkmal entwickeln, so dass gute Fachkräfte und qualifizierte Frauen auch dann weiterhin zur Verfügung stünden, wenn der demografische Wandel sich auswirke. Das zweite große Ziel sei, mehr Frauen in Führung zu bringen. Hier gebe es - speziell in den Leitungspositionen - noch einiges zu tun. Frau Fahner erklärt, sie freue sich sehr, wenn sie diesbezüglich politische Unterstützung bekäme.

Die Vorsitzende bedankt sich und hofft, dass die qualifizierten Frauen sich auf diese Positionen bewürben.

19. Entsendung eines ordentlichen Mitglieds in den Inklusionsbeirat
0166/2018

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis. Es gibt keine Fragen oder Redebeiträge.

Die Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Der ASWDG fasst einstimmig folgende **Beschlussempfehlung** für den Rat:

Der Rat entsendet Herrn Bülent Aydinlioglu als ordentliches Mitglied für Sehbehinderte Menschen in den „Inklusionsbeirat – Beirat für Menschen mit Behinderung“.

20. Anträge der Fraktionen

20.1. Antrag der FDP-Fraktion vom 23.04.2018 "Kinderbetreuung verbessern - Betreuungsvielfalt und Flexibilität ausbauen!" 0208/2018

Die Vorsitzende hat Bedenken, dass der ASWDG laut Zuständigkeitsordnung zuständig ist.

Frau Fahner weist darauf hin, dass das Thema aus Gleichstellungssicht wichtig sei.

Frau Koshofer bedankt sich bei Frau Fahner für dieses Argument, das sie selbst ebenfalls eingebracht hätte. Solange nicht genügend Plätze im Kindergarten und in der OGS vorhanden seien, könnten Frauen nicht arbeiten, was auf Dauer nicht nur Altersarmut, sondern auch mangelhafte Teilhabe am Leben bedeute. Es sei wichtig, dass in diesem Bereich Transparenz und richtige Strukturen geschaffen würden, auch wenn es ein schwieriger Weg bis dahin werde.

Frau Holz-Schöttler betont, sie finde den FDP-Antrag äußerst populistisch. Die Antwort der Verwaltung zeige, dass 95 % der von der FDP angeregten Maßnahmen innerhalb der Verwaltung umgesetzt oder in Bergisch Gladbach bereits durchgeführt würden. Speziell im Jugendhilfeausschuss, aber auch in anderen Ausschüssen innerhalb der Verwaltung und innerhalb der politischen Parteien seien diese Themen diskutiert worden, ganz besonders bei einer von der SPD initiierten Veranstaltung in Refrath, bei der auch die FDP anwesend gewesen sei. In Bergisch Gladbach sei viel Geld zur Verfügung gestellt worden, damit die OGS-Kinder qualitativ gut betreut werden könnten. Es sei Kontakt zu den Eltern aufgenommen und alles Notwendige getan worden. Herr Stein, Frau Schlich und ihr Fachbereich hätten sich maßlos engagiert.

Herr Dr. Bernhauser ist der Auffassung, grundsätzlich könnte man die Anliegen des Antrags natürlich teilen. Die FDP-Fraktion sei leider in dieser Wahlperiode nicht im Jugendhilfeausschuss vertreten, sonst hätte Frau Koshofer wissen können, wie viele Bemühungen und Maßnahmen im JHA getroffen worden seien, um die Betreuungssituation permanent zu verbessern und zu flexibilisieren. Herr Dr. Bernhauser ist der Meinung, die Stadt Bergisch Gladbach liege im interkommunalen Vergleich ziemlich weit vorne und sei um weitere Verbesserungen bemüht. Es müsse aber auch auf ein entsprechendes Arbeitsumfeld geachtet werden, z. B. familiengerechtere Arbeitszeiten und Homeoffice zu ermöglichen.

Herr Stark merkt an, er wiederhole seinen Beitrag aus der letzten oder vorletzten Sitzung. Wenn man Frauen und Kinder fördern wolle, brauche man eine wirklich vollständige Betreuung von Kindern, sofern von den Familien gewünscht.

Frau Holz-Schöttler ist besonders über den Punkt Platzsharing im FDP-Antrag verärgert. Platzsharing könne keine Betreuungsqualität bedeuten, weder für die Kinder noch für die Erzieher*innen noch bezüglich der Räumlichkeiten. Des Weiteren gebe es nur einen sehr geringen Bedarf an 24-Stunden-Plätzen.

Frau Koshofer betont, sie finde das Engagement ihrer Fraktionskollegin Frau Wasmuth ganz toll, die Probleme aufzuzeigen, von denen viele Familien betroffen seien. Sie wisse aus eigener Erfahrung, wie wichtig eine verlässliche Betreuung sei. Die Stadtverwaltung tue einiges, aber es müsse noch besser werden. Diesbezüglich solle es keine Denkschablonen geben.

Frau Bähler-Sarembe drückt ihre Verärgerung über den FDP-Antrag aus, er sei ein Affront gegen die Verwaltung, die ihre Äußerstes tue, damit Kinder wirklich ordnungsgemäß und qualitativ gut untergebracht und betreut würden.

Frau Scheerer berichtet, die Vorlage sei auch im ABKSS beraten worden. Dort sei davon berichtet worden, dass noch 42 Kinder unversorgt seien in diesem Jahr. Dies seien natürlich 42 unversorgte Kinder zu viel, andererseits müsse auch darüber gesprochen werden, dass die OGS eine freiwillige Leistung der Kommunen sei. An dieser Stelle seien auch die Ausschussmitglieder gefragt, die ihnen bekannten Landtagsabgeordneten aufzufordern, in der Landespolitik eine

Entscheidung zu treffen, mit der die Kommunen und die Eltern nicht weiter im Regen stehen gelassen würden.

Frau Schlich bedankt sich für die Beiträge und weist auf den Inhalt der Vorlage und den bewusst so formulierten Beschlussvorschlag zum Ende der Vorlage hin. Die Verwaltung habe dargelegt, dass sie sehr, sehr viele der geforderten Maßnahmen bereits umsetze. Es sei natürlich permanent das Bestreben der Verwaltung, die Platzsituation in KiTa und OGS zu verbessern. Frau Schlich berichtet, zu Beginn ihrer Tätigkeit bei der Stadtverwaltung in 2013 seien aufgrund der Prognosedaten sogar ein paar Einrichtungen geschlossen worden. Seit 2014 habe sich diese Situation verändert, was nicht nur mit dem Flüchtlingszustrom, sondern auch damit zu tun habe, dass Bergisch Gladbach Zuzugsregion für viele junge Familien sei. Es fehlten zwar noch Kindergartenplätze, aber die Verwaltung tue ihr Bestes. Was die Grundschulen angehe, stehe die Verwaltung vor dem Problem, dass diese irgendwann für eine Unterrichtszeit von 8 bis 12 Uhr geplant und später im Rahmen des Zulässigen für die OGS-Betreuung baulich erweitert worden seien. Die entsprechenden Grundstücke ließen oft keine weiteren Anbauten mehr zu. Die Verwaltung habe bereits begonnen, eine tragfähige Schulentwicklungsplanung aufzulegen, aus der dann auch die Maßnahmen ableitbar sein sollten, welche Schulen im Sinne weiteren Ausbaus zukunftsfähig seien. Frau Schlich merkt an, mit derzeit 73 % an Plätzen in der OGS-Versorgung sei die Stadtverwaltung Bergisch Gladbach landesweit hervorragend aufgestellt. Frau Schlich führt aus, bezüglich der jetzt noch fehlenden Plätze könnten die Ausschussmitglieder versichert sein, dass alle Beteiligten der Verwaltung mit Hochdruck gemeinsam an einer Lösung arbeiteten. Sie sei guten Mutes, dass sich die Situation, auch unter Berücksichtigung hilfreicher Hinweise, stetig verbessern werde.

Herr Dr. Bernhauser merkt an, sowohl die letzte wie auch die jetzige Landesregierung hätten die Chance gehabt, den gebundenen schulischen Ganztags voranzutreiben. Herr Dr. Bernhauser weist Frau Koshofer darauf hin, dass die entscheidenden Ministerien von der FDP besetzt seien. Die Versäumnisse auf Landesebene könnten auf kommunaler Ebene nicht zu 100 % kompensiert werden. Die Stadt leiste sehr viel, aber es fehle der landesgesetzliche Rahmen für eine größere Offensive in der Ganztagsbetreuung für Schulkinder.

Die Vorsitzende regt an, den Antrag zur Beschlussfassung an den Jugendhilfeausschuss zu überweisen.

Die Vorsitzende lässt hierzu abstimmen.

Der ASWDG fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Antrag der FDP-Fraktion vom 23.04.2018 "Kinderbetreuung verbessern - Betreuungsvielfalt und Flexibilität ausbauen!" wird zur Beschlussfassung an den Jugendhilfeausschuss überwiesen.

20.2. Antrag vom 06.06.2018 auf eine Finanzierung von Deutschkursen für Frauen in der Kontaktstelle im Wohnpark Bensberg
0241/2018

Die Vorsitzende verweist auf den Inhalt der Vorlage und stellt fest, dass keine weiteren Fragen vorliegen. Sie lässt über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Der ASWDG fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Gewährung des Zuschusses für die Finanzierung des Alphabetisierungskurses, sowie des niederschweligen Deutschkurses für Frauen mit gleichzeitiger Kinderbetreuung, wird aus den Mitteln des Integrationskonzeptes zugestimmt. Die Kosten für das 2. Halbjahr belaufen sich auf 2.200 €.

21. Anfragen der Ausschussmitglieder

Es werden keine mündlichen Anfragen gestellt.

**21.1. Schriftliche Anfrage der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL vom 04.06.2018 (eingegangen am 05.06.2018) zur Situation und Entwicklung des sozialen Wohnungsbaus / der Sozialwohnungen
0251/2018**

Die Vorsitzende weist auf die auf den Plätzen liegende Antwort der Verwaltung in Form einer Tischvorlage (*Anlage*) hin. Es gibt keine weiteren Redebeiträge.

Die Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18.35 Uhr und stellt die Nichtöffentlichkeit her.